

23. August 2004

### **Polizei macht Neonazis den Weg frei bei Hartz IV Protest in Magdeburg Antifaschistische DemonstrantInnen wurden von der Polizei behindert und aus der Demonstration ausgeschlossen**

Seit vier Wochen können in Magdeburg Neonazis ungehindert an den Montagsdemonstrationen teilnehmen. Am heutigen Montag stellten sich zwei Dutzend autonome AntifaschistInnen den vierzig Aktivisten der neonazistischen Kameradschaft Festungsstadt entgegen. Unterstützung erhielten die Antifas von empörten BürgerInnen, die gemeinsam mit den linken Jugendlichen die Neonazis zu Beginn der HartzIV-Demonstration daran hinderten, sich in den Protestzug einzureihen. Dutzende von Polizeibeamten machten den Neonazis dann den Weg frei, so dass diese sich im vorderen Drittel des Protestzuges einreihen konnten.

Die Polizei in Magdeburg legitimiert damit die Neonazis als scheinbar „normale“ Akteure in sozialen Protestbewegungen und stärkt das Selbstbewusstsein der Rechtsextremisten. Staatliche Stellen sorgen so dafür, dass die rassistische und rechtsextreme Botschaft der Neonazis ungehindert bei den Protesten gegen HartzIV verbreitet werden kann. Für alle diejenigen, die nicht ins rechte Weltbild passen – z.B. MigrantInnen, Flüchtlinge, Menschen unterschiedlichster Herkunft und Nationalität mit dunkler Hautfarbe, alternative und nicht-rechte Jugendliche, Behinderte, Schwule und Lesben – ist das Vorgehen der Magdeburger Polizei ein Schlag ins Gesicht: Sie müssen befürchten, im Vorfeld, während oder nach den Demonstrationen von den Neonazis angegriffen zu werden. Die Betroffenen und potenziell Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt fühlen sich zudem von den Organisatoren der Magdeburger Hartz IV-Proteste um Andreas Erhold im Stich gelassen, die in offensichtlicher Absprache mit der Polizei den Neonazis einen Platz bei den Protesten einräumen und nicht entschieden dagegen vorgehen.

Das Vorgehen von Andreas Erhold ist um so unverständlicher, als andernorts die Organisatoren von Hartz-IV Protesten der Polizei Vorgaben machen, Neonazis von den Protesten auszuschließen. „Neonazis geht es darum, fremdenfeindliche, nationalistische und antisemitische Vorurteile zu schüren und eine Ideologie der Ungleichheit und Ausgrenzung zu propagieren. Diejenigen, die sich Rechten entgegen stellen, sollten unterstützt und nicht kriminalisiert werden,“ sagt Silvia Klein vom Antifaschistischen Infoblatt. 1992 wurde in Magdeburg der 21jährige Torsten Lamprecht von Neonazis ermordet, als 50 Naziskins eine Gaststätte überfielen, während zwei Polizeiautos in der Seitenstraße standen und nicht eingriffen. 1994 wurden MigrantInnen bei den sogenannten „Himmelfahrtskrawallen“ von den Neonazis durch die Stadt gejagt, ohne dass die Polizei eingriff. 1997 wurde der 17jährige Punk Frank Böttcher von einem Neonazi an einer Straßenbahnhaltestelle erstochen.

Für weitere Nachfragen stehen wir gerne zur Verfügung.